

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Kurier 1,50 M. für die Woche, 6,10 M. für den Monat, durch die Post 6,10 M. für den Monat.
Verlagskonto Nr. 28 888. „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“ Breslau, Gersdorfer-Anschluß: Alina Nr. 8887.

Dienstag, 18. Oktober 1921

Kugelnpreise: Die hochhaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 M., auswärts 0,90 M. Stellen- und Wohnungsvermittlung, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 M. Kellern: Die Millimeterzeile, hochhalten oder deren Raum im Text 2.— M.

Leuerung und Lohnkämpfe.

Der Hunger hat auch im September noch zugenommen. Nach Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes betrug im Monat September die Indexziffer für den Großhandel 2067, den Index von 1913 mit 100 angenommen. Mit anderen Worten: im September 1921 waren im Durchschnitt die Waren aller Art fast 2mal so teuer als im Frieden. Getreide und Kartoffeln sind zwar infolge eines kleinen Rückgangs der Weizen-, Gerste- und Kartoffelpreise von 2033 auf 2016 gefallen, dafür aber alle übrigen Lebensmittel um so mehr gestiegen. Fleisch, Fische und Fette von 1762 auf 1943, Kolonialwaren von 1731 auf 2317. Die vorwiegend im Inland erzeugten Waren wie Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Fische, Fette, Kohlen und Eisen stiegen vom September 1913 bis zum September 1921 auf 1952; die vorwiegend aus dem Ausland eingeführten Waren von 1935 auf 2643.

Aus dieser amtlichen Berechnung geht also hervor, daß die Fleisch- und Fettpreise mehr als 19mal, die Lederpreise 37mal, die Preise für Kleidung 31mal und die Preise für Metalle, Kohle und Eisen etwa 19mal so hoch waren als im Frieden. Aus diesen Zahlen ergibt sich klar und eindeutig, daß die Entwertung der Mark das Elend der breiten Massen mehr und mehr vergrößert. Daran ändert nichts, daß im Oktoberheft des Reichsarbeitsblattes festgestellt wird, daß die Arbeitslosigkeit weiter zurückgegangen sei. Was die Arbeiter durch die infolge der Markentwertung größer werdende Arbeitslosigkeit mehr verdienen, das holen die Unternehmer durch eben dasselbe Mittel der Markentwertung ihnen wieder aus der Tasche.

Daran wird auch nichts geändert, wenn die bürgerliche Presse, allen voran das Stinnesblatt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, behauptet, daß im Gegensatz zu den Gehältern der höheren Beamten die Arbeiterlöhne mit der Geldentwertung gleichen Schritt gehalten hätten. Die „M.Z.“ gibt an, die Arbeiterlöhne seien teilweise um fünf- bis sechsfache seit Kriegsbeginn gestiegen. Jeder Arbeiter weiß, daß das nicht wahr ist. Er spürt es am eigenen Leibe.

Nach Berechnungen der Gewerkschaften beträgt im Durchschnitt der Arbeitslohn gegenüber der Friedenszeit das Acht- bis höchstens Zehnfache. Selbst aus den Berechnungen über Löhne und Gehälter des Statistischen Reichsamtes gehen höchstensfalls Lohnsteigerungen bis zum Zehn- und Zwölffachen hervor. Die Löhne sind also relativ ganz bedeutend geringer als im Frieden. Am Wert der Waren gemessen, betragen sie vielleicht 50 Prozent, also ungefähr die Hälfte des Friedenslohnes. Und noch hat die stürmische Preisentwicklung der letzten Wochen ihr Ende nicht erreicht. An der Börse sinkt der Markkurs immer mehr, und täglich wissen die bürgerlichen Blätter über zahlreiche neue Preiserhöhungen auf allen Gebieten zu berichten.

Wie hat dieser ganzen Entwicklung gegenüber sich die Arbeiterschaft bisher verhalten? Ueberblickt man die in letzter Zeit geführten wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft, so sieht man folgendes Bild:

Nachdem die Bauarbeiter Bayerns nach hartnäckigem Kampfe vom Unternehmertum niedergeschlagen worden sind, mußten die württembergischen Bauarbeiter, durch die Not gezwungen, in den Massenstreik treten. Sie haben jetzt die vereinigte Volksmacht dieser beiden süddeutschen Ortschaften gegen sich. Nach der Niederlage der Schichtarbeiter verteidigten die Bremer Werftarbeiter zehn Wochen lang ihre kümmerlichen Rechte und sind unterlegen, weil das Gros, das morgen doch kämpfen muß, nicht nachfolgt. Die Berliner Metallarbeiter bleiben trotz einer Lohnregelung, die sie dem schärfsten

Elend ausliefert, in den Betrieben und sehen untätig zu, wie ihre schächlichen und thüringischen Kollegen einen opferreichen Kampf führen und ihn mit mageren Erfolgen beendigen müssen. Neue, des Kampfes ungewohnte Truppen müssen ohne Unterstützung anderer Kategorien, die sie ermutigen und leiten könnten, ins Feuer geschickt werden. Die Angestellten der Berliner Filmindustrie streiken und verlieren. Dazwischen gelingt es einer kampferprobten Truppe, den Berliner Holzarbeitern, zehn Wochen lang einem brutalen Unternehmertum Trotz zu bieten und ihre Stellung zu halten. Immer neue Massenkonflikte entwickeln sich. 35.000 Berliner Gastwirksangehörte streiken im Streit, während die übrige Nahrungs- und Genussmittelindustrie noch ungeschlüssig zögert. 50 Prozent der Porzellanarbeiter Deutschlands haben die Arbeit niedergelegt, während die übrigen, von der Aussperrung bedroht, immer noch warten!

Doch das sind nur die größeren Bewegungen, die sich besonders abheben. Der Existenzkampf des Proletariats hat sich aufgelöst in eine unendliche Zahl von Kleinkämpfen und lokalen Bewegungen.

Keuherisch gesehen, scheinen es Angriffskämpfe zu sein. Die Arbeiter stellen Lohnforderungen und setzen sie durch mit der Waffe des Streiks. In Wirklichkeit sind es Defensivaktionen, die verzweifeltsten Abwehrkämpfe.

Eine Schraube ohne Ende, Lohnkämpfe, Steigerung der Preise, Steuerdruck, Lohnkämpfe und wieder Steigerung der Preise bilden seit Jahr und Tag eine ununterbrochene Kette. Und zurückgefallen bei dieser Entwicklung ist nicht der Kapitalist, der es verstanden hat, seinen Reingehwin zu verzehnen und verhundertsfachen, sondern nur die Arbeiter.

Ist denn die Arbeiterklasse dazu verurteilt, in ihrem Abwehrkampf immer wieder unterliegen zu müssen? Ist sie denn nicht organisiert?

In den Händen der Gewerkschaftsleitungen und ihrer Spitzenkörperschaft, dem DGB, liegt die Macht von vielen Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter. Würde diese Macht voll und zielbewußt eingesetzt, könnte ihr nichts widerstehen.

Aber die Gewerkschaftsführer sind gelähmt durch die Arbeiterschaftspolitik mit den Kapitalisten, durch das stillschweigende Liebereinkommen des Burgfriedens. Die Gewerkschaftsbürokraten wollen es nicht sehen, daß nach und nach doch alle Arbeiter in schwere wirtschaftliche Kämpfe verwickelt werden. Die Führer des DGB, zittern um den Bestand der kapitalistischen Wirtschaft, sie haben kein Vertrauen in die Arbeiterschaft, sie glauben nicht, daß diese eine neue Welt aufbauen könnte.

Soll aber darum das Proletariat im Elend untergehen? Nein! Die Arbeiter müssen dafür sorgen, daß ihre wohlaußgebauten Organisationen nicht zwecklos bleiben, sie müssen fordern, daß ihre ganze Macht eingesetzt wird im Existenzkampf des Proletariats. Sie müssen unablässig die Zusammenfassung der Lohnkämpfe verlangen.

Sie müssen ihre Positionen in den Betrieben ausbauen, die Betriebsräte zu einem Organ ihrer proletarischen Klasse machen gegen die Interessen der Unternehmer, der Bourgeoisie. Die Arbeiter selbst müssen sich, an der Quelle der Produktion, in den Betrieben schon die Kontrolle über die Preisfestlegung, die Kontrolle über den Absatz, den Transport, über die gesamte Produktion erzwingen. Und dazu muß die Macht der Gewerkschaften mobilisiert werden. Gegen die organisierte Macht des gesamten deutschen Proletariats kann auch der größte Kapitalist nicht aufkommen.

Die Erpressung geht los. Stinnes und Staat.

Nach Deiner Rechnung mit dem Himmel, Bogi, Fort mußst Du, Deine Uhr ist abgelaufen.
(Aus Zeils Monolog; über: Stinnes an Birib.)

A. Fr. Stinnes hat sich mit der Situation bereits ganz und gar abgefunden. Zwar werden in seinem Leiborgan, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, immer noch die allerbittersten Klagen geführt, die Zerreißen Ober-Schlesiens bedeute eine „Methode des Wahnsinns“, sie sei eine „abgrundtiefe Verirrung politischen Denkens“. Auch seine Marionetten, die sich „Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft“ nennen, haben auf seinen Wink pariert, eine hochgewichtige Entschädigung angenommen, die zur Abwehr des Weltunterganges den Burgfrieden und insbesondere die Erschließung der menschlichen Arbeitskraft proklamiert. Schließlich meinten diese Marionetten, eine Abtrennung Oberschlesiens würde sie, was Reparationsverpflichtung anlangt, „vor eine völlig neue Sachlage stellen“.

Und doch ist alles dies nur ein für die Augenwelt bestimmter Dunst. Für einen Kapitalriesen wie Stinnes ist es durchaus zweierlei, was er faktisch publiziert und wie er faktisch spekuliert. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 14. Oktober abends steht geschrieben, daß man Genf „seit Monaten mit tödlicher Sicherheit“ habe kommen sehen. Das wäre ein schlechter Kapitalist, der seine Politik nicht auf solch tödliche Sachen eingestellt hätte. In der Tat, heute hat Stinnes dem Staat gegenüber alle Trümper in der Hand. Kann Deutschland ohne die Schätze Oberschlesiens die Reparationspflichten erfüllen? fragt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 15. Oktober morgens und sie antwortet:

„Im ersten Moment ist man geneigt, dieser Frage ein schroffes Nein entgegenzusetzen. Eine solche Politik hieße aber, den Genfer Wahnsinn mit einer gleichen politischen Torheit beantwortet. Für uns heißt es einfach: Weiterarbeiten!“

Das deutsche Großkapital bietet also dem Staat in seiner schwersten Stunde die Hand. Was ist auch der Staat heute ohne das Großkapital?

„Der Staat selbst genießt keinen Kredit, weder im Inlande noch im Auslande. Die Privatwirtschaft muß für ihn eintreten, wenn er nicht versinken soll.“

Aber wenn Stinnes den Staat nicht versinken lassen soll, so verlangt er dafür gewisse Garantien. Er hat keine Luft, wie es in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ heißt, „in ein Danaidenfaß zu schöpfen“. Steuern? natürlich; das Großkapital wird Steuern zahlen, aber „nicht in erster Linie“. Der Staatsfädel hat nämlich nach Stinnes' Meinung ein sehr großes Loch; das will er erst ausfüllen. Der wundeste Punkt dabei seien die staatlichen Betriebe mit Milliarden-Defizit, vor allem Post und Eisenbahn und, was die Gemeinden anlangt, die Kommunalbetriebe, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw. Stinnes hat vor allen Dingen Mitleid mit dem armen Steuerzahler, der die Gelder für all diese Institutionen aufzubringen hat. Was er will, um dem Uebel abzuwehren, ist ein „vollkommener Systemwechsel“.

„Erste Voraussetzung ist, daß die Staatsbetriebe sowie alle öffentlichen Erwerbsunternehmungen in Privatbetriebe übergeführt und nach dem Rentabilitätsprinzip bewirtschaftet werden, damit wenigstens das Loch im inneren Etat geschlossen wird.“

Die Methoden des neuen Systems werden bereits sehr anschaulich angedeutet:

„Das Personal ist von 750.000 Köpfen auf ungefähr eine Million gekümmert. Hierbei soll nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen, daß die schematische Durchführung des Abkürzungstages auch bei der Eisenbahn... sehr viel Schuld an diesen Zuständen trägt.“

Mit dem halben Personal, das doppelt solange arbeitet, rentiert sich erklärlicherweise ein Eisenbahnbetrieb besser. Die Tarife werden also niedriger werden können — meint der brave Steuerzahler. Stinnes meint anders:

„Das uns vorstehende Ziel bei der Ueberführung der Eisenbahnen in Privatbetriebe kann zunächst nicht die Herabsetzung der Tarife, sondern die Entwicklung und Verbesserung des ganzen Betriebes sein. Auf die Dauer ist es nicht zu vermeiden, daß die Tarife der allgemeinen Selbstentwertung angepaßt werden.“

Die allgemeine Selbstentwertung ist bis heute soweit gediehen, daß nach amtlichen Berechnungen die Großhandelspreise bereits Ende September den 2fachen Friedenspreis ausmachten. Bereits Ende September mußte, an diesem Tag nach 75 Mark oder eine D-Zugfahrt nach München ungefähr 800 Mark gekostet haben. Jetzt um Mitte Oktober sind auch diese Sätze schon längst überholt.

Was in allem bedeutet der „vollkommene Systemwechsel“ eine noch nie dagewesene Ausbeutung nicht nur der Arbeitskraft des Proletariats, sondern überhaupt aller ihrer Klassen. Wenn Stinnes mit grüßtem Ehr-

Ein Justizskandal.

Die Untersuchung über die Schuld von Oppau eingeleitet.

(U.) Frankenthal, 15. Oktober.

Die Staatsanwaltschaft Frankenthal hat die Untersuchung wegen des Oppauer Unglücks eingeleitet, da keine Schuld eines Unbekannten ermittelt werden konnte.

Die Staatsanwaltschaft kann keine Schuld ermitteln. Die Ursachen der Katastrophe, die Hunderten von Proletariern das Leben gekostet, Tausende ins Elend gestoßen hat, sollen unaufgeklärt bleiben.

Ist man den Aussagen der Arbeiterschaft über die schrecklichen Produktionsmethoden im Oppauer Beck trotz der wiederholten Proteste der Arbeiter nicht nachgegangen? Hat man das Eingeständnis der Direktion vergessen, daß die Angaben unseres Mitarbeiters bestätigt, die Explosion sei wahrscheinlich durch explosionsgefährliche Experimente erfolgt, die gegen den Einspruch der Arbeiter neben dem zerstörten Silo vorgenommen wurden?

Wir fordern sofortige Wiederaufnahme des Verfahrens unter Hinzuziehung von sachverständigen Vertretern der Arbeiterschaft.

Die Toten von Oppau sind die Toten der Arbeiterschaft der gesamten chemischen Industrie Deutschlands. Um die Sicherung ihres Lebens geht es, sie fordern reifliche Aufklärung.

Streik für die Auslandshilfe.

Aus Prag wird uns gemeldet: Die Firma G&H in Kettitzsch ein hat die Vertrauensmänner ihrer Fabrik, welche die Empfehlungen für das hungernde Rußland leiteten, entlassen. Diese unerbittliche Grausamkeit gegen die Arbeiter mußte nicht

hätten und traten sofort in den Streik. Da der Unternehmer weiterhin auf der Entlassung der Vertrauensmänner beharrte, schlossen sich die Arbeiter aller übrigen Betriebe in Kettitzsch dem Streik an. Derselbe wird in den Hutfabriken von Böhm., Pöschel und der Zergfabrik Freydenheim, in der Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen Pfeil und in der Blechwarenfabrik Kotter gestreikt. Im ganzen streikten 14.000 Arbeiter.

Oberschlesien an der Börse.

Der Kurssturz der deutschen Mark hat sich auch gestern fortgesetzt. Der Dollar kostete zeitweilig bis

144 Mark.

Polennoten liegen auf 4% gegen 18 vor acht Tagen. Oberschlesische Montanwerte sind etwas zurückgegangen, meist aber nur um wenige Prozent. Im Gegensatz hierzu sind die rheinländischen Montanwerte gestiegen, teilweise um 100 Prozent! Hierin zeigt sich wieder, daß für die Einzelkapitalisten die Entscheidung von Genf keinen Verlust bedeutet. Sie wissen aus der Kotlage des Gesamtkapitals ein gutes Geschäft zu machen.

Arbeitslosendemonstrationen in London.

London, 15. Oktober.

Gestern fanden in London große Arbeitslosendemonstrationen statt. Zehntausende von erwerbslosen Proletariern marschierten nach dem Trafalgar Square und nach dem Regierungsbüro. Die reaktionäre Presse behauptete diese Demonstrationen zu einer heftigen Geze gegen die Kommunisten und gegen Sowjetrußland. In einem Aufruf verlangt die „Times“, daß der Handelsvertrag mit Sowjetrußland gelöst werde.

seit Monaten auf dieses Ziel hinarbeitet — wir haben über die Regie zur Sinnföhrung der Reichseisenbahn ausführlich berichtet — so ist das gewöhnlich kein willkürlich aus der Luft gegriffener Plan: Es ist für die deutsche Bourgeoisie, die das Abkommen von Wiesbaden eingegangen ist und erfüllen muß und die andere Abkommen ähnlicher Art eingehen wird, tatsächlich eine Lebensnotwendigkeit, daß dieses System der „reflexlosen Erschließung aller menschlichen Arbeitskräfte“ Wirklichkeit wird. Sie ist, sofern sie als herrschende Klasse weiter existieren will, dazu gezwungen, das Proletariat in wachsendem Maße verelenden zu lassen. Um das durchzuführen, braucht sie nicht nur die staatlichen Institute, wie Eisenbahn und Post, dazu braucht sie die gesamte Staatsmaschinerie.

Auf der Münchener Konferenz der deutschen Eisenbahndirektionspräsidenten wurde erklärt, eine solche Machtstellung, wie das Verkehrsweisen es darstelle, dürfe auch der Schwächste — gemeint ist der Staat — sich nicht aus der Hand reiß lassen. Nun, in einigen Wochen werden selbst die beteiligten Eisenbahndirektionspräsidenten erkennen, daß diese Feststellung Unsinn war. Der Staat wird an das Großkapital auch Eisenbahn und Post und vielleicht noch ganz andere Einrichtungen überlassen, und gleichwohl wird er dem Proletariat gegenüber noch viel härter auftreten als heute. Wenn Stinnes den Staatsapparat erst unmittelbar in seiner Hand haben wird, dann kann dieser Staatsapparat dem „vollkommenen Systemwechsel“ keine Hindernisse in den Weg legen. Er wird wohl oder übel dem Großkapital dazu verhelfen, daß der Achtstundentag nicht nur im Eisenbahnbetrieb, sondern überhaupt verschwindet, daß Massenentlassungen von Beamten und Arbeitern überall vorgenommen werden.

In den Kämpfen, die sich um solche Entwicklung der Dinge abspielen werden, wird Klasse gegen Klasse auf Leben und Tod stehen. Das Proletariat will nicht zugrunde gehen. Aber schon der bloße Kampf um eine Existenz, die der der Vorkriegszeit entspricht, der Kampf um Arbeitslöhne, die der Geldentwertung angepaßt sind, der Kampf gegen den gewaltigen Steuerdruck bedeutet, daß das Proletariat an die Existenzbasis der Bourgeoisie rührt, daß es dem Kapital jegliche Akkumulation unmöglich macht.

Die Eisenbahner, die in Dresden erklärten, daß sie gegen eine Sinnföhrung der Reichseisenbahn mit aller Entschlossenheit ankämpfen würden, haben diese Situation weit besser begriffen als die SPD. An uns Kommunisten liegt es, auch den letzten SPD-Arbeiter über das Unabwendbare Entweder-Oder dieses Kampfes aufzuklären. Jeder Arbeiter weiß, was es bedeutet, wenn solche Unternehmungen, wie Eisenbahn und Post, in privatkapitalistischer Methode bewirtschaftet werden sollen. Die Arbeiterklasse kann es nicht zulassen, daß der Staat diese Machtposition der Großbourgeoisie überläßt; und die Arbeiter werden mit allen Mitteln dafür eintreten, daß diese Einrichtungen Staatsbetriebe bleiben, unter der Voraussetzung, daß das Proletariat seine eigene Machtpositionen verfehrt. Für das Proletariat ist dabei nicht maßgebend das Rentabilitätsprinzip, sondern die Interessen der gesamten werktätigen Bevölkerung.

Die Eisenbahner gegen die Sinnföhrung der Eisenbahnen.

Eine vom Deutschen Eisenbahner-Verband, Ortsverwaltung Dresden, am 11. Oktober 1921, nach dem „Livolisaal“ einberufene, von über tausend Diätarern und Beamten besuchte öffentliche Versammlung, behandelte außer der Besoldungsfrage auch die beabsichtigte Ueberführung der Eisenbahnen in einen kapitalistischen Betrieb.

Landtagsabgeordneter Robert Wirth, Bezirksleiter des DGB Dresden, begründete eingehend nachstehende Entschließung und bewies, daß die Organisation unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel diesen Bestrebungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten werde. Die Entschließung lautet:

Angesichts der Riesengewinne, die das vertraute Kapital aus den Eisenbahnen für die Eisenbahnwirtschaft zieht und dadurch den Eisenbahner schwer belastet, muß es Verwunderung erregen, daß die verantwortlichen Spitzen der Eisenbahnerverwaltung, statt Abwehrmaßnahmen gegen das Großkapital zu erwirken, in akademische Erörterungen darüber eintreten, ob die Reichseisenbahnen fernerhin im Staatsbesitz bleiben oder dem Großkapital ausgeliefert werden sollen.

Die Eisenbahner und Arbeiterklasse läßt darüber keinen Zweifel, daß sie in Wahrung der Gesamtinteressen zu traktantiger Gegentätigkeit fest entschlossen ist und eine weitere Ausbeutung der arbeitenden Volksschichten durch Ueberführung der Eisenbahnen in die Hand des Großkapitals nicht zulassen wird.

Die Versammlung stimmte dieser Entschließung einstimmig zu und brachte zum Ausdruck, daß sie in diesem Kampfe geschlossen hinter der Organisation stehen werde.

Politische Uebersicht.

England für die Teilung Oberschlesiens.

Paris meldet aus London: Balfour, der vorgestern Abend in London eingetroffen ist, wurde gestern vom englischen Ministerium, der zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten war, angehört. Balfour gab Bericht über die Arbeiten des Völkerverbandes und die Entschließung, die er in seiner Empfehlung bezüglich Oberschlesiens getroffen habe. Er legte ausführlich dar, daß der Völkerverband von einem sehr wichtigen Standpunkt ausgegangen sei, und daß er alle früheren Beschlüsse beizubehalten habe, die die oberste politische Frage auf dem Plan gerufen hatte, indem er sich nur von dem Ergebnis der Völkerverhandlung leiten ließ. Der Völkerverband hat die Frage von Anfang an geprüft, und es war seine erste Sorge, eine politische Grenzlinie festzusetzen, die keinesfalls eine wirtschaftliche Sperre darstellen sollte.

Während das englische Kabinett die Darlegungen Balfours angehört hatte, nahm es ohne Einschränkung die vorgeschlagene Lösung des Problems an, indem es dem von Völkerverband geschaffenen Welt einmütig Beifall zollte. Die englische Regierung nahm also nicht nur die vom Völkerverband beschlossene Grenzlinie an, sie stimmte auch allen wirtschaftlichen Empfehlungen zu, die gewisse Grundzüge aufwiesen, die geeignet wären, der Lage Rechnung zu tragen.

Behebung der Entschließung durch die Völkerverhandlung.
Das hat nunmehr eingehende Besprechungen bezüglich der Behebung der Entschließung durch die Völkerverhandlung zu werden.

Ein Hilfsschiff der schwedischen Arbeiter für die Hungernden in Rußland auf der Fahrt nach Petrograd.

Wie dem Auslandskomitee telegraphisch aus Stockholm am 11. Oktober gemeldet wurde, ist von dort am gleichen Tage der Dampfer „Mirauda“ mit 400 000 Kilogramm Getreide, landwirtschaftlichen Maschinen, Kleibern und Schuhen nach Petrograd in See gegangen, nachdem bereits früher in mehreren Sendungen größere Mengen Getreide, Kleiber und Schuhe wie auch Geldanweisungen Rußland übermitteln worden waren.

Am gleichen Tage wurde von dem schwedischen Hilfskomitee dem Auslandskomitee 100 000 M. überwiesen. Das Komitee hat umfassende Vorbereitungen getroffen, um die internationale Hilfswache in größtem Maße durchzuführen.

Ein Bravo dieser brüderlich reichen Solidariät!

man zu wissen, daß die englische Regierung eine Entscheidung hierüber erst heute Abend treffen wird. Doch kann bereits jetzt bestätigt werden, daß die Alliierten über die großen Pläne hinsichtlich der Durchführung dieses Vorhabens schon zu einem Uebereinkommen gelangt sind. Sobald das von Briand vorgeschlagene Verfahren angewendet werden soll, wird die Völkerverhandlung im Namen der in ihr vertretenen Regierungen die Entscheidung des Völkerverbandes prüfen, und, wenn sie diese bekräftigt hat, sie der deutschen und polnischen Regierung bekanntgeben, während gleichzeitig die interalliierte Kommission von Oppeln benachrichtigt werden soll, sofort die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die die Durchführung des Völkerverbandes beschließen verlangt. Am Tage nach dem Zusammentritt der Völkerverhandlung — Sonnabend oder Montag — wäre es dann möglich, Berlin und Warschau den Schiedsspruch beliebig schon am Dienstag bekanntzugeben, so daß die Entscheidung von der interalliierten Kommission in Oppeln am kommenden Donnerstag tatsächlich zur Durchführung gelangt sein wird. Die englische Regierung hat schon gestern Abend der französischen Regierung Mitteilung gemacht, daß sie deren Vorschläge annehme.

Hilfe für Sowjetrußland

Hamburg. Der Bezirk Hamburg hat bis jetzt ein Sammlungsresultat von 230 000 Mark.

Die „Schneiberggenossenschaft“ zu Hamburg überwies der „Arbeiterhilfe“ vier Mäntel und eine Hose.

Auch der Bezirk Nordwest kann 26 000 Mark in bar als Sammlungsresultat buchen und hat eine Unmenge von Bekleidungsgegenständen und Konjerven gesammelt.

Die Zastelle des deutschen Eisenbahnerverbandes zu Buchholz hat auf Wunsch ihrer letzten Mitgliederversammlung der Arbeiterhilfe 300 Mark überwiesen. Gleichzeitig fordert sie weitere Zahlungen ein. Ein Beweis, daß die Eisenbahner Vertrauen zu der Sammeltätigkeit des Komitees „Arbeiterhilfe“ haben.

Die Belegschaft der Kottbuser-Kettlerwerke A.-G. in Stuttgart veranstaltete eine Sammlung für die notleidenden Brüder in Rußland. Es wurden insgesamt 1423 Mark aufgebracht, wovon auf den Eisen der „Arbeiterhilfe“ 1004 Mark und auf den Eisen der Vereinigten Gewerkschaften 419 Mark gezeichnet wurden. Die Arbeiterhilfe der Firma Spick, Schuhfabrik, hat für Sowjetrußland 260 M. aufgebracht. Die Sammlung ist noch im Gange.

Abst. i. Bogtl. Das Gewerkschaftskartell und die Parteien haben gemeinschaftlich eine Sammlung für die Rußlandhilfe veranstaltet. Das Ergebnis von 2330 Mark wurde unserem Komitee überwiesen.

Von den Festungsgefangenen in Niederhohenhausen wurde dem Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland der Betrag von 130 Mark überwiesen. Arbeiter, lernt von dem Opfermut dieser Festungsgefangenen!

Die internationale kapitalistische Verunft.

Helferlich über Wiesbaden.

Auf dem letzten abgehaltenen Parteitag der Deutschen nationalen Volkspartei für Hessen-Kassau führte Helferlich über das Wiesbadener Abkommen folgendes aus:

Der Versuch, mit Frankreich über die Bezahlung der Erfüllung zu einer Verständigung zu kommen, der in Wiesbaden gemacht wurde, ist durchaus verunflügelt, aber die Abmachungen von Koffenan und Lonschard haben den Fehler gehabt, daß zunächst nicht die ganze Summe der von Deutschland geleisteten Lieferungen angedeutet wird, sondern nur 5 Prozent. Wir haben also einen toten Export an Frankreich von 65 Prozent, für den wir die Zahlungsmittel aufbringen müssen. Hierdurch wird ein Geldbedarf entstehen und eine weitere Inflation unseres Geldes.

Der Part des deutschen mit dem französischen Kapital ist also im wesentlichen ganz nach Helferlichs Geschnad. Seine übrige Folgerung ist die Tatsache nicht aus der Welt, daß auch die großkapitalistischen Kreise der Deutschen nationalisten gegen den Schacher von Wiesbaden nichts einzuwenden haben, weil sie ganz genau wissen, daß er nicht nur für das französische, sondern mindestens ebenso für das deutsche Kapital eine goldene Zukunft verspricht.

Unsere gefangenen Genossen in Breslau.

Hungerstreik der gefangenen Kommunisten.

Eine neue Kommunistenfrage bereitet sich in Breslau vor. Man verhaftet dort unsere Redner, unsere Organisatoren; man isoliert einen besonders schmerzhaften weißen Schreier erziehen zu wollen.

Da kein Geld der Breslauer Arbeitslosen müssen Kommunisten sein. Für die vielen Entlassungen in der letzten Zeit des schmerzlichen Wetterwinkels müssen die Kommunisten hüben. Sticht die alte monarchistische und die neue demokratische Reaktion in Schließen zusammen, dann müssen Kommunisten verhaftet werden. Reist auch nur irgendein bekannter Kommunist nach Breslau, so ist ihm die Verhaftung gewiß. Die Breslauer Polizei wird schon Ursache finden, ihn zu verhaften, das Unterfangungsgefängnis hat noch immer Raum.

Kann genug, Buzgen genug — aber Wasserjappe nicht genug.

Aus Briefen von dort gefangen gehaltenen Genossen ist ersichtlich, daß das Untersuchungsgefängnis in Breslau eine Hölle ist. „Jede Woche hängt sich hier einer auf — ich kann den Leichenwagen von meiner Britsche aus immer vorfahren sehen“ — „die Wanzen scheinen sich jetzt mit der Kälte ein wenig zu verleben“, „an Schlaf ist der Wanzen wegen nicht zu denken“. Das Essen für die politischen Untersuchungsgefangenen ist das von verurteilten Kriminalverbrechern.

Unsere Genossen, die auf diese Weise schon ohne Urteilsspruch die schlimmsten Strafen erdulden, können samt und sonders schwerlich irgendeiner Straftat wegen verurteilt werden. Deshalb hält man sie ganz einfach in dieser höllischen Untersuchungsanstalt. Viele unserer besten Genossen haben die hohe Schule dieser Untersuchungsanstalt schon hinter sich. Sie wurden schließlich entlassen, weil nichts gegen sie vorlag.

Nun haben die Genossen, die schon monatelang, ohne die Aussicht auf Eröffnung des Verfahrens in diesem Gefängnis schmachten, beschlossen, in den Hungerstreik zu treten.

Breslau, die Hochburg der Lüge und Konferten — Breslau das Nest der schlesischen monarchistischen Freibeuter, beweist mit den Methoden seiner Polizei und Justiz, daß wir ungefähr auf dem Standpunkt der Plehwe angelangt sind. Hungerstreik politischer Gefangener war nur im zaristischen Rußland früher an der Tagesordnung.

Der Schrei unserer Gefangenen aus Breslau muß die taubsten Ohren hören machen; ihr Entschluß die trüglichen Gemüter erschüttern:

„Wir wollen in den Hungerstreik treten, bis zu unserer Freilassung oder bis zum Tode.“

Die Arbeiter können ihre Vorkämpfer nicht im Stich lassen. Tag für Tag muß der Ruf der Breslauer Gefangenen bei ihnen widerhallen: Gebt unsere Gefangenen frei!

Stadler aus der Haft entlassen.

Berlin, 14. Oktober.

Da der begründete Verdacht eines Fluchtversuchs nicht vorliegt, hat der Amtsrichter den gestern verhafteten Dr. Stadler wieder aus der Haft entlassen.

(Zu.) Berlin, 14. Oktober.

Heute vormittag fand in der Wohnung Dr. Stadlers unter der Aufsicht eines Polizeikommissars die Durchsicht der Briefschaften und Manuskripte statt. Nur wenig Manuskripte, die Unterlagen zu den Aufsätzen Stadlers enthielten und einige Zeitungsausschnitte, wurden mit Beschlag belegt, der Rest freigegeben. Die Entlassung Stadlers aus der Haft erfolgt im Laufe des Nachmittags nach einer Besprechung des Reichsjustizministers Schiffer mit dem Oberreichsanwalt.

Es gibt in Deutschland keine Klassenjustiz! Man braucht nur nachzuweisen, daß man Antifolkschewist ist, um sofort aus der Haft entlassen zu werden.

Mies für die Schieber — nichts für die Arbeiter.

Eine Kartoffelernte, wie sie seit Jahren nicht zu verzeichnen gewesen ist, ist besonders in Vorpommern zu verzeichnen. Reforbernten sind auf Rügen eine Selbstverständlichkeit geworden. Beträgt doch durchschnittlich die Kartoffelernte per Morgen 130—160 Zentner bei einer Ausfaat von durchschnittlich 10 Zentner per Morgen.

Es wird die Befürchtung ausgesprochen, daß es nicht möglich sein wird, alle Kartoffeln zu ernten, zumal schon jetzt starke Frostnächte eintreten. Das Interesse der Junker an einer reflexlosen Ernte scheint nicht vorhanden zu sein, trotzdem es genügend Arbeitslose gibt. Mit der reichen Kartoffelernte sind aber auch in Vorpommern und Rügen die Einkäufer eingetroffen. Zu Hunderten treiben sie sich hier herum und bieten für den Zentner 53—55 Mark. 250 Saggons à 200 Zentner werden z. Bt. nach Hamburg verladen. Diese Menge wird allein auf Rügen aufgestaut.

Schon jetzt ist es für den Arbeiter unmöglich, sich Winterkartoffeln zu kaufen, weil die Großverkäufer jeden Bestand aufkaufen. Die Landwirte erklären, dagegen machtlos zu sein.

Entstaatlichung der Staatsbergwerke in Preußen.

Nach Absicht der Regierung Preußens sollen die staatlichen Bergwerke aus der „Gebundenheit des allgemeinen Staats“ gelöst und in Form von Aktiengesellschaften weiter betrieben werden. Nach Auffassung der Regierung war nämlich die Verquickung der Bergwerksverwaltung mit dem Staat die Ursache für den mangelnden Profit. Die Bergwerke sollen also Aktiengesellschaften, wenn auch noch im Staatsbesitz, werden, damit die Bergarbeiter „nach kaufmännischem Gesichtspunkte“ noch mehr als bisher ausbeutet werden.

Die preußische Regierung führt nur aus, was der Sozialist Parteitag angebahnt hat: die Sinnföhrung des Staatses.

Gewerkschaftliches.

Profile der Schwerindustrie.

Zu gleicher Zeit, da in der ganzen kapitalistischen Welt die Profite durch die Krise bedroht waren, hat die deutsche Schwerindustrie dank der Ausnutzung der deutschen Hungerlöhne und der Reparationslieferungen, gute Tage gesehen. Das kommt in den jetzt veröffentlichten Abschüssen des Haldenranger zum Ausdruck. Noch niemals seit 1916/17 sind die Reingewinne so groß gewesen, wie in diesem Jahre 1920/21. Die Reingewinne betragen in tausend Mark:

| | 1920/21 | 1919/20 |
|----------------------------------------|---------|---------|
| Lothringer Hütten- u. Bergwerksvereine | 17 486 | 8 063 |
| Höpper Eisen- u. Stahlwerke | 9 030 | 5 870 |
| Georgs-Marien-Bergw. u. Hüttenvereine | 7 370 | 2 290 |
| Mannfelder Werke | 2 650 | 1 270 |
| Düffelder Eisen- u. Drahtindustrie | 1 350 | 441 |

Es hat also eine Erhöhung der ausgewiesenen Reingewinne auf durchschnittlich das Doppelte stattgefunden. Aber die in der Bilanz ausgewiesenen Gewinne sind nicht die wirklichen. Größer, als die Gewinne, die dem Steuerfiskus bekanntgegeben werden, sind die, um die er geprellt wird. Der Eisenrucker hat durch § 55a des Reichseinkommensteuergesetzes, der die Steuerfreiheit des Erwerbsverdienstes anerkennt, für und für geöffnet. Die Unternehmungen des Haldenranger haben sich nicht darauf beschränkt, Abschreibungen in der Höhe des Vorjahres und zum Teil noch höhere vorzunehmen. Obwohl es mehr als wahrscheinlich ist, daß ein großer Teil der Abschreibungen des vorigen Jahres, anstatt für die Erneuerung der verschlissenen Produktionsmittel verwendet zu werden,

Zur Zweite der Steuerhinterziehung gemacht worden sind, obwohl es ausgeschlossen ist, daß die Erneuerung der Anlagen Beträge erfordert, die höher sind als die vorjährigen Abschreibungen, hat der Abnehmerkonzern unter der Bezeichnung "Wertschaltungskonto" eine Verdreifachung der Abschreibungen vorgenommen:

| | | |
|-----------------------------|----------------|---------------------|
| | Abschreibungen | Wertschaltungskonto |
| Georgs-Eisen- u. Stahlwerke | 5 | 5 |
| Georgs-Eisen- u. Stahlwerke | 5 | 5 |
| Georgs-Eisen- u. Stahlwerke | 5 | 5 |
| Georgs-Eisen- u. Stahlwerke | 5 | 5 |

Die legalisierte Steuerhinterziehung, wie sie in den Abschüssen des Abnehmerkonzerns zum Ausdruck kommt, hat für die Unternehmer einen doppelten Vorteil: 1. braucht ihr Kapital keine Kürzung durch Steuerzahlung zu erleiden, 2. wird durch die hinterzogene Steuer die Geldwertverminderung gestoppt, die Preise in die Höhe gedrückt und die Masse des Mehrwertes auf Kosten der Arbeiterschaft erhöht.

Vor dem Achtfundentag.

Die Verhandlungen mit den mitteldeutschen Eisenbahnern ergebnislos.

Die Verhandlungen zwischen den Eisenbahnarbeitern und Vertretern des Reichsarbeitsministeriums und der Eisenbahnbehörde haben in Halle stattgefunden. Sie drehten sich in erster Linie um die Beibehaltung des achtstündigen Arbeitstages, den die Arbeitnehmer verlangten, während die Eisenbahnbehörde sich auf den Standpunkt stellte, daß es sich in den meisten Fällen nur um eine Arbeitsbereitschaft handle, und daß für diesen Fall das Gesetz schon darauf Rücksicht genommen habe. Diese Meinungsverschiedenheiten konnten nicht beseitigt werden. Die Berliner Vertreter waren der Ansicht, daß die östlichen Verhandlungen damit erschöpft seien. Die Eisenbahnbehörde stellte sich unbedingt auf dem Boden des Tarifvertrages und werde ihn durchführen, wie er abgeschlossen sei, sie stehe auch auf dem Boden einer absoluten Vertragsstreue und sei immer gewillt, auf dem Boden der abgeschlossenen Verträge das weitestente Entgegenkommen zu bezeigen. Die Streikgefahr in Mitteldeutschland ist damit noch nicht beseitigt, doch ist anzunehmen, daß sich noch eine Basis für die Einigung finden lassen wird.

Nach dieser Meldung scheint es die Eisenbahnbehörde auf einen Kampf ankommen zu lassen. Der Hinweis, daß der Achtfundentag nicht durchbrochen werde, denn es handle sich nur um eine Verlängerung der Arbeitsbereitschaft, ist hinfällig. Das diktorische Verhalten der Behörde sagt besser als alle schöne Redensarten von dem Festhalten am Tarif usw., daß die Arbeitsbedingungen auf jeden Fall verschlechtert werden sollen. Nun haben ja die Eisenbahnerverbände das Wort. Nach dem Ergebnis der Abstimmung der Eisenbahner kann es nur eine Antwort, den Kampf, geben.

Ausprägung sämtlicher Bauarbeiter Württembergs.

Die schwäbischen Bauunternehmer wollen aus dem Kampf der hiesigen Bauarbeiter um einige Pfennige Lohnhöhung eine Machtprobe machen. Nachdem sie schon die gesamte bürgerliche Presse und die ganz im Geistesgeist geführte Polizei in den Dienst ihrer Interessen gestellt haben, wollen sie durch eine resloße Stilllegung der gesamten Bauindustrie die Arbeiter müde machen. Darüber liegt folgende Meldung vor:

(E.U.) Stuttgart, 14. Okt. („Frankfurter Zeitung“). Der Landesverband Württemberg des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe und der Verband des deutschen Tiefbaugewerbes haben, nachdem die Bauarbeiter in Groß-Stuttgart, Heilbronn und Göppingen in den Streik getreten sind, die Schließung aller Baubetriebe in Württemberg angeordnet.

Streikandrohung der Karlsruher Beamenschaft.

Die bisher nicht erfolgte Einföhrung der Karlsruher Beamenschaft in die Ortsklasse A hat zu einer ungeheuren Erregung geführt. Sämtliche Beamten- und Arbeiterorganisationen haben mit dem Streik gedroht, falls der badische Finanzminister nicht die Einreihung von Karlsruhe in die Ortsklasse A in Berlin durchsetzt.

Verschärfung des Buchdruckerstreiks in Hamburg.

Der Streik im Buchdruckgewerbe hat sich seit einigen Tagen sehr verschärft. Zahlreiche Arbeitnehmer anderer Berufe sympathisieren mit den Buchdruckern, denen erhebliche Unterstützung zufließen. Es Betriebe haben die Forderungen der Buchdrucker bewilligt. Ein Teil der Zeitungs- und Straßenhändler hat den Verkauf des „Nachrichtenblattes“ — der Vorzeitung der bürgerlichen Blätter — verweigert. Nachdem sich jetzt Studenten bereit erklärt haben, das „Nachrichtenblatt“ zu verkaufen, ist eine weitere Verschärfung der Lage eingetreten. Auch die Buchdrucker in Hamburg stehen im Streik.

Preußischer Landtag.

Die Mißhandlungen Nag Hölz.

Der Preußische Landtag beginnt am Freitag mit der Kleinen Anfrage der Kommunisten über die Mißhandlung von Nag Hölz in der Strafanstalt Münster:

Hölz leidet an einem Nervenleiden, das er sich im Kriege durch Verwundung zugezogen hat. Die durch die Haft gesteigerten Schmerzen rufen bei ihm zuweilen lautes Sprechen und laute Aufe hervor. Der Direktor der Strafanstalt in Münster hat bei einem solchen Schmerzanfall vier Aufseher beauftragt, Hölz in eine Zelle für Tobsichtige zu sperren. Die Beamten haben dabei Hölz durch Schläge auf den Kopf mißhandelt. Er mußte in der völlig kahlen Zelle die erste Nacht vollkommen nackend, ältend vor Kälte zubringen. Trotzdem Hölz ruhig verblieb, mußte er vier Tage und vier Nächte in der Zuchtschule zubringen.

Ist das Staatsministerium bereit, an alle Gefängnisvorstände Anweisung zu erlassen, daß Mißhandlungen von Gefangenen unter allen Umständen zu unterbleiben haben? Ist das Staatsministerium bereit, Nag Hölz wegen seines Nervenleidens einen Strafurlaub zu gewähren und ihn in der gleichen Weise zu behandeln wie den aus der Haft entlassenen O t w i g v. H i r s c h e l d t?

Die Antwort, die ein Regierungsvertreter auf die Anfrage gibt, ist bescheiden: Hölz hat demnach im Gefängnis Agitationsreden gehalten. Es wurde ihm die Unterbringung in eine Beobachtungszelle angeordnet, er hat trotzdem weiter agitiert. (Unter wem?) Darum sind fünf Beamte beauftragt worden, ihn in die Beobachtungszelle zu überführen; er leistete heftigen Widerstand. Er ist nicht mißhandelt worden. Es ist aber möglich, daß er sich bedauerlicherweise beim Transport gestoßen hat. (Große Unruhe bei den Kommunisten. Zurufe: Unerhörte Verhöhnung. Präsident L e i n e r t ruft den Abg. S c h u l z zur Ordnung.) Hölz ist auch während des Aufenthaltes in der Beobachtungszelle ein Bettlager zur Verfügung gestellt worden. Er ist vom Anstaltsarzt untersucht worden. Spuren von Mißhandlungen wurden nicht gefunden. (Zuruf: Gefaßte Schürzen! Ordnungsruf.) Das er beschimpft worden ist, hat sich nicht ergeben. (Zuruf der Kommunisten: Er ist geschlagen worden!) Das Verhalten des Direktors in seiner Beamtenpflicht ist nicht zu beanstanden. Hölz ist zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden, ein Strafurlaub kann ihm nicht gewährt werden. (Lebhafte Proteste bei den Kommunisten.)

Der Genosse Meyer will an den Regierungsvertreter die Frage stellen, ob das Staatsministerium bereit ist, Anstaltsärzten zu geben, ob das Leiden von Hölz sich noch verschlimmert hat und welche Erleichterungen in diesem Falle angeordnet sind? Präsident L e i n e r t verhindert dies mit der Bemerkung, daß es eine ganz neue Anfrage sei.

Der Antrag auf Strafverfolgung der Abgeordneten K a h o l d (U.S.P.), S c h u m m e n - H a l l e, K i l i a n, K n o t h - F r a n k f u r t und D a h l e m (A.P.D.) wird dann abgelehnt.

Es folgt die Beratung der Großen Anfragen der Sozialdemokraten über die Personalpolitik des Ministers des Innern, über das Vorgehen der Verwaltung des Preussischen Statistischen Landesamts gegen republikanische Angestellte, über die Unterführung der Orgesch durch D o m i n i c u s und den Breslauer Polizeipräsidenten L i e b e r m a n n. Eine über den letzten Gegenstand von den Unabhängigen eingebrachte Große Anfrage geht mit zur Beratung.

Abg. Krüger (S.P.D.):

Die Politik der preussischen Regierung wird beeinflusst durch die Deutschnationalen. Die Regierung hat zifshere Führung der inneren Verwaltung versprochen, von positiven Leistungen haben wir nichts gesehen, es war die rückwärtsschritte und unfruchtbare Regierung seit der Revolution. Wir brauchen wirkliche Fachleute, und nicht nur Assessoren ohne Berührung mit dem praktischen Leben. D o m i n i c u s betreibt eine Entsozialdemokratisierung der Verwaltung. Die Auflösung der Stadtversammlung in I k e h o e durch den Minister D o m i n i c u s war verblenden die angreifbaren Anstellungsbedingungen für die ein Gewaltakt allerersten Ranges. Besondere Aufmerksamkeit Polizeibeamten. Die Bestimmungen sind so gefaßt, daß die Offiziere jeden unliebsamen Beamten hinauswerfen können. Es wird gegen die politische Beidatigung nur der unteren Beamten vorgegangen. Diese Politik läuft darauf hinaus, die Schutzpolizei mit demselben Geist zu erfüllen, den heute die Reichswehr hat. Die preussischen Vertreter haben im Reichstags eine Stellung eingenommen, die man mit Recht als eine Unterföhrung der böhnerischen R a h r - R e g i e r u n g ansehen hat. Die Aufforderung des Innenministers an die schlechte Orgesch, ihre Satzungen den gesetzlichen Bestimmungen anzupassen, hat man als eine Warnung gegen sie aufgefaßt. Der Minister hat rechtzeitige Maßnahmen gegen das Freikorps Oberland verhindert, bis die deutschmonarchistischen Kreise in Sicherheit waren. Jetzt

durchziehen die Freikorpsbanden mordend und flehend das schlesische Land. In O p r e u e n finden große Waffenbeschreibungen statt, an denen der Deutschnationale Heimaibund beteiligt ist. Beschlagnahmen Waffen wurden auf Befehl des Reichswehrkommandos Königsberg wieder freigegeben. Der Innenminister hat nichts gegen diese Zustände getan. Das Kabinett Siegestwald bedeutet eine Gefahr und bringt uns an den Rand des Bürgerkrieges.

Abg. K a h o l d (U.S.P.):

In Elberfeld ist ein Arbeiter, bei dem Waffen gefunden wurden, zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Wo ist man gegen Rechtsstehende schon einmal so scharf vorgegangen? Wir verlangen rückwärtsschritte Aufhebung sämtlicher der Republik schädlichen Organisationen. Dringen wir mit dieser Forderung nicht durch, so schaffen wir eine Einheitsfront aber nicht von Stinnes bis Scheidemann, sondern die Einheitsfront der ganzen Arbeiterschaft. Wir wollen nicht zusehen, wie man uns langsam die Schlinge um den Hals legt.

Der Minister des Innern, D o m i n i c u s

wird mit großem Lärm empfangen. Man ruft ihm zu: Jeder Zoll ein Hauptmann der Landwehr. Im Leutnantston erwidert er: Ich bin stolz, Leutnant der Landwehr zu sein. (Stürmische Zurufe.) Meine Abhängigkeit von den Deutschnationalen werden die Sozialdemokraten wohl darin erblicken, daß ich die Protesterklärung des pommerischen Provinziallandtages gegen den Oberpräsidenten L i p p m a n n sofort beanstandet habe. Den Polizeipräsidenten Dr. L i e b e r m a n n habe ich zur Disposition gestellt. Der Minister zählt mehrere Fälle auf, in denen er sich für sozialdemokratische Beamte eingesetzt hat. Er weist darauf hin, daß er eine Verfügung erlassen hat, daß denjenigen amtlichen Kreisblättern, die sich in ihrem redaktionellen Teil gegen die Regierung wenden, die Zuwendungen entzogen werden sollen. Die frühere Regierung, in der die Sozialdemokraten saßen, haben eine solche Verfügung nicht erlassen. Auf dem Gebiete der Polizeiorganisation habe er nur das weitergeführt, was von seinem Vorgänger eingeführt worden ist. Der mir gemachte Vorwurf, den obersteichischen Heimaibund in einem vertraulichen Schreiben gewarnt zu haben und ihn aufgeföhrt zu haben, seine Satzungen so zu ändern, daß das Selbstschußrecht daraus gestrichen wird, erklärt sich daraus, daß ein Schreiben von mir von dem Polizeipräsidenten L i e b e r m a n n mit dem Vermerk „streng vertraulich“ an den Heimaibund weitergegeben wurde. Die Auflösung der Arbeitsgemeinschaften ist schwer durchzuführen. Es handelt sich jetzt nur noch um ungefähr 1700 verstreute Leute des im großen und ganzen aufgelösten Selbstschußes in Schlesien.

Börning hat sich für Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes ausgesprochen — nach der Ermordung Erzherzogs.

Die Hundertschaft z. B. D. ist nicht von mir, sondern zur Zeit meines Vorgängers Sebering geschaffen worden.

Wegen der Ermordung des Oberwachmeisters B u c h h o l z ist jetzt gegen zwei Leute Anklage erhoben worden. Der Hauptmann und die beschuldigten Wachtmeister wurden vom Dienste suspendiert. (Zurufe links: Man hat sie wieder laufen lassen.) Bei der Föhrung der schwarz-rot-goldenen Fahne im Statistischen Landesamt handelt es sich um eine Lappalie. Zu welchen Zuständen würde es führen, wenn ich alle leitenden politischen Verwaltungsbeamten, die am alten Regime hängen, abberufen würde?

Der Abg. L o e n a r t (Zentrum) fordert eine Verwaltung, bei der alle Kreise der Bevölkerung berücksichtigt werden. Der Abg. Dr. v. G r i e s (D.Nat.) tritt für den Polizeipräsidenten L i e b e r m a n n und den schlesischen Heimaibund ein. Der Abg. Dr. v. N i c h t e r (D.P.) geht auf die Frage der Regierungsbildung ein. Der Abg. S e b e r i n g (Sozialdem.) habe in einer Rede in Paderborn sich für eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei erklärt, aber dabei ausgesprochen, daß seine Partei dabei die Rolle des Beschleiers spielen müsse. Sie verlange mindestens drei Ministerstellen für sich, und Sebering wolle wieder Minister des Innern werden. Unter diesen Bedingungen würde es eine Ehrolofigkeit bedeuten, mit Herrn Sebering in eine Koalition zu treten.

Präsident L e i n e r t schlägt Vertagung vor. Gen. Meyer fordert hierauf, daß das Haus weiter tagen möge. Der Antrag wird mit knapper Mehrheit abgelehnt. In einer persönlichen Bemerkung erklärt Sebering, daß der von v. N i c h t e r zitierte Bericht über seine Rede in Paderborn irrig und entstellend sei. Er habe lediglich die Auffassung seiner Parteifreunde zurückgewiesen, daß der Eintritt von Sozialdemokraten in eine Regierungskoalition mit der Deutschen Volkspartei bedeute, völksparteiliche Politik zu treiben. Abg. v. N i c h t e r erklärt, Sebering habe damit seine Darstellung als richtig gegeben. Sebering springt noch einmal auf die Rednertribüne, um zu erklären, daß er immer als Minister darauf hingearbeitet habe, gemeinsame Richtlinien zwischen den einzelnen Koalitionsparteien zu finden.

Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr: Fortsetzung der Besprechung der Großen Anfragen gegen D o m i n i c u s und Anträge über die Kartoffelversorgung.

Dort, wo man Hungers stirbt.

Von P. Podaschewski.

„Vor dem ersten Rauch wird niemand herbortrieden“, sagte der Alte. „Sobald aber irgendwo der erste Rauchfang zu rauchen anfängt, wird die Wanderung anfangen.“

„Warum denn das?“ frage ich, den Zusammenhang nicht verlegend.

„Man hat keine Zündhölzer und man wartet immer auf jemand anderen; wer zuerst die Gebuld verliert, macht Feuer, nun gehen alle zu ihm und wollen ein Stückchen Kohle erhaschen ... So geht es ...“

Auf dem Plage ging, sich langsam schleppend, eine Frauenfigur mit dem Tragoch. Irgehdwoher kamen noch zwei Frauen hervor, näherten sich der Kirchmännner, blieben stehen und sangen an, in einer für das Auge ungewohnten Art, zu beten: Mit tiefen Reigungen nach vorn und dann weit nach hinten, wobei sie lange den Kopf zurückgeworfen hielten.

„Sie wollen den Himmel beschwören, — alle machen es jetzt bei uns so“, — erläuterte mir der Diakon. „Sie beten zum Herrn um Regen.“

Bald fing irgendwo „der Schornstein zu rauchen an“ und in der Lat erschienen sie und da Leute. Wir, — mein Begleiter, der Photograph kam noch hinzu —, machten uns auf den Weg, um das Dorf zu beschäftigen.

Ein Hänschen steht mit verregneten Fensterläden, dann ein zweites, drittes, viertes, — ihre Eigentümer „machen sich los“ und flüchteten vor dem Hunger. Wir gehen in das Haus des Bauern J o a n K a t a n s k i. Alles ist leer, nur ein Kästchen geht wandelnd, sein Hinterrad kann noch zu schleppen imstande, herum, wie wenn ihm das Rückgrat gebrochen wäre. Wir gehen hinein. Die Familie J o a n s ist nach Dorfgrüßten nicht groß, — eine Frau und vier Kinder. Die Frau treffen wir beim Kochkessel an. Sie quält sich mit ihm, es fehlt ihr an Kraft, um ihn zum Feuer zu schieben. Auch J o a n selbst wollte ihr helfen, aber auch er hatte zu wenig Kräfte dazu. Er schwanke nur zwecks umher mit einem Schürzen in der Hand, auf seinen geschwollenen Füßen. Diese Familie ist von denen, die zu Dörfern noch zum leztenmal ein Stückchen Brot „gewonnen“.

Ich ging zum Freiwohler und schaute in den Kessel hinein. Drum lag das Freiwild, das Mittagessen und das Nachtmahl, mit einem Wort „die Nahrung“ für den ganzen Tag und

für die ganze Familie. Dasselbe wurde auch gestern, vor einer und vor zwei Wochen gekocht. Der Kessel war bis an den Rand mit Wasser gefüllt, in dem irgehdwo grünes, rohes, borniges, gestrippähnliches Gras schwamm. Zutaten zu dieser, — ich weiß nicht, wie ich es eigentlich nennen soll, — gab es natürlich gar keine.

In der finsternen Stube saßen am Ofen ganz unter der Zimmerbede zwei Kinder, das eine fünf-, das ander sieben-jährig. Sie erinnerten mehr an Wachsföuren als irgehdwem Panoptikum. Sie waren ganz bewegungslos, nicht bleich, sondern weiß. Ihre Augen waren starr und hatten keinen Blick mehr. So, wie Puppenaugen zu sein pflegen!

„Wie heißt du“, wandte ich mich zu ihnen.

Er schwieg und regte sich nicht.

„Ritella heißt er“, sagte die Mutter.

„Ritella“ höst du, was ich dich frage?“ wandte ich mich wieder an ihn, aber seine Stellung blieb dieselbe. So wie er halb wegwendet vor mir war, so blieb er auch; nicht einmal den Kopf wandte er um. Bei mir entfiel mir unwillkürlich der natürliche Zweifel, ob er denn wohl lebt.

„Manche Nächte überwältigt sie jetzt auch der Schlaf nicht“, sagte die Mutter. „So, wie sie jetzt sitzen, so sitzen sie die ganze Nacht hindurch ... Auch zu essen verlangen sie nicht und ihre Notdurft verrichten sie unter sich ... Sterben tun sie auch nicht ... es ist eine Qual auf sie zu schauen, ... und es wäre wirklich besser für sie.“

Die Mutter sprach dies mit ruhiger Stimme, ohne Tränen, ohne Seufzer, und ihre unsagbar müden, halbgeschlossenen Augen drückten nicht das mindeste aus.

Ich bot, die Kinder vom Ofen herunterzuholen. Der Ältere hielt sich noch auf den Füßen, der Ritella aber setzte sich sofort auf den Boden.

Einen besonders unheimlichen Eindruck machte er, solange er noch stand. Er erinnerte ganz an die märchenhafte Hütte auf den Hühnerhöfen: seine Füßen waren dünn wie Zündhölzchen und trugen eine tiefe aufgeblasene Kugel, den Bauch. Ein Schredbild und kein Kind. Während der Photograph die Kinder photographierte, sagte uns der Vater:

„Der, welcher größer ist, wirds vielleicht noch eine Woche lang aushalten. Der Kleine aber, der Ritella, wird — denke ich — schon morgen verstorben.“

Dann erfuhr ich, daß der Vater recht hatte, — der Ritella starb tatsächlich am folgenden Tag.

bei der Hoftür. Sie standen schweigend, und nur sie und da sprach irgehdwem immer daselbe:

„Was konnte ich darauf antworten, und dabei noch angefaßt dieser verflöschenden Rinder? Auch ich schwieg, und es schien, als ob der gleichgültige Apparat des Photographen mit einer besonderen, herausfordernden Frechheit klapperte ... Wöschlich trat aus der Masse eine alte Frau hervor, ganz wie nur aus den Beinen bestehend, mit dem gelber Haut überzogenen. Sie kam ganz zu mir und fing an, mich beim Kermel zu zupfen, von unmittelbarer Nähe beharrlich auf mich schauend.“

„Höst du mich wohl?“ sprach sie mit rauher Stimme.

„Ja, Mütterchen!“

„Rein, ich frage, ob du mich höst?“ Höst du, frage ich, oder nicht?“

„Ja, ja. Was willst du denn, Mütterchen?“

„Sie streckte sich ganz nach vorne aus und brachte ihr Gesicht in die unmittelbare Nähe des meinigen.“

„Wird es Hilfe geben? Höre! — Wird Hilfe sein? ...“

„Ja, halb.“

„Nun gib nur acht! Ich stehe allein! Die unseren sind weg, stehen mich allein zurück ... Ich sterbe ja ... Nach Gras kann ich nicht gehen ... Ohne Hilfe sterbe ich bald ...“

„Höst du mich?“ ... Ich habe niemanden, der mir Gras bringen könnte ... Gestern habe ich nicht gegessen ... Vor-gestern habe ich nicht gegessen, — höst du das? Wann wird sie denn kommen, deine Hilfe? ... Schreibe mich auf in die Liste ...“

„Sie ist verrückt!“ dachte ich und befreite mit Gewalt meinen Kermel aus ihren knöchernen, runzeligen Fingern.“

Wir gehen aus einer Hütte in die andere und sehen überall daselbe Bild: ein Kochkessel mit Gras, wachsfarbene Rinder auf Zündhölzchenfüßen, aufgeblunene Gesichter ... Schweigen und nur von Zeit zu Zeit immer dieselbe verflöschte Frage: „Wird es Hilfe geben?“

Und ganz besonders schwer zumute wurde es mir bei dieser Frage in einer Familie: auf der Wand lag, mit einem schiefen Schaffel zugedeckt, der Vater. Hier machte der Tod schon sein Geheimnis. Er war offenbar schon im Sterben. Die Schritte und fremden Stimmen hörend, öffnete er halb die Augen und fragte — auch er! — kaum hörbar:

„Wird es für uns Hilfe geben?“

„Nein!“ — schaltete es mir in die Seele.

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Demonstration für Oberschlesien.

Der in der Mehrheit aus SPD-Leuten bestehende Magistrat Breslau hatte zum Freitag, den 14. Oktober, nachmittags 4 Uhr auf dem Schloßplatz und in die Jahrhunderthalle eine Kundgebung und in die Jahrhunderthalle eine Kundgebung gegen den Spruch des Völkerrats einberufen. Sämtliche Parteien, von den Deutschnationalen bis zur USPD, der ADGB, die Afa im Verein mit dem Verband heimatsstreuer Oberschlesier, hatten diese Kundgebung durch besondere Aufzüge unterstützt. Auf dem Schloßplatz hatten sich etwa 30 000 Menschen eingefunden. Unter den Versammlungsbesuchern sah man neben vielen Angehörigen des Kleinbürgertums auch viele Arbeiter, denen von den Fabrikanten in vielen Fällen mehrere Stunden bezahlter Urlaub erteilt wurde, um zu der Kundgebung erscheinen zu können. Es sprachen von den verschiedenen Stellen Redner sämtlicher beteiligter Parteien, unter ihnen auch der USPD-Mann und Betriebsrat der LKW-Fabrik. Nach Annahme einer Resolution gingen die Versammelten, da eine Orgel, ein „Deutschland über alles“ zu spielen, wie in der Jahrhunderthalle nicht zur Verfügung stand, sang- und klanglos auseinander.

Der Besuch der Kundgebung für Oberschlesien, gegen den Spruch des Völkerrats in der großen Jahrhunderthalle zu Breslau war nur mäßig, von etwa 3000 Personen besucht, es waren nicht einmal alle Sitzplätze besetzt. Mit Orgelkonzert wurde die Kundgebung eingeleitet. Als Redner traten neben dem Mehrheitssozialisten Dr. Landsberg ein Pfarrer, ein wirklicher Geheimrat und verschiedene Redner des deutschnationalen Klüngels auf. Unter den Rednern dient herborgehoben zu werden der Pastor Bloehring aus Breslau, der mit den Worten Fichtes beginnend: „Noch niemals hat der Sieger Reizung oder Kunde gehabt, den Besiegten gerecht zu behandeln“, das ganze „Unrecht“ Oberschlesiens einer eingehenden Betrachtung unterziehend, die Versammelten zur Einigkeit aufforderte und sie auf den gerechten Gott hinwies.

Der Geheimrat Stenzel sagte: „Das deutsche Volk würde sehr gerne willig sein Ohr fremden Männern leihen, aber jetzt muß gesagt werden: draußen steht der Feind! Nach dem er über die schwarze Schmach und die unwürdige Behandlung der Gefangenen durch die Entente gesprochen (die Behandlung der russischen Gefangenen nach drei Jahren „Frieden“ scheint dem Geheimen Rat sehr geheim gewesen zu sein), schloß er seine Rede mit der Aufforderung zur Einigkeit, zum Trost und zum Widerstand.“

Dr. Landsberg von der SPD sprach über das Unrecht, über die nichterfüllte Selbstbestimmung und charakterisierte seine Weltfremdheit dem Sozialismus und der Arbeiterklasse gegenüber durch folgende Worte: „Wenn Oberschlesien bei der Abstimmung eine 60prozentige polnische Mehrheit erhalten hätte, dann hätte man in Warschau den Arafowal getanzt.“ Nachdem er noch einiges Nützliche über die Streikobjekte der heutigen kapitalistischen Staaten gesagt, schloß er mit der Aufforderung, da das deutsche Volk waffenlos ist, zusammenzutreten und sich geschlossen hinter die heutige Regierung zu stellen.

Ein anderer bürgerlicher Redner zitiert Scheidemann, der einmal geschrieben hat, daß der Verlust Oberschlesiens führen müsse zu schweren politischen und wirtschaftlichen Komplikationen und daß er in jedem Oberschlesier die Sehnsucht und Bereitschaft erwecken lassen würde, Oberschlesien mit allen Mitteln wieder zu gewinnen. Dieser Redner ist der einzige, der überhaupt einen konkreten Vorschlag macht. Er verlangt: Eine neue Abstimmung. Interessant war der Schluß seiner Rede. Er zitiert Kühlmann, der 1919 bei Eintritt seines Ministerpostens im Reichstage erklärte: „Wir dürfen unsere Politik nicht nur auf die Macht stellen, sondern vor allen Dingen auf das Recht.“ Wir Deutsche hätten unsere Politik jetzt stark aufs Recht gestellt, und schließt seine Rede mit den Worten: „Wir müssen sie auf die Macht stellen.“

Als letzter sprach der obereschlesische Abgeordnete Dr. Herjebel. Nachdem eine Resolution zur Annahme gelangte und die Versammlung geschlossen war, spielte die Orgel das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles“

Wahrlich die neue Front von Westarp bis zu Crispian ist geschlossen! Sie vereinigen sich unter den nationalistischen Farben der Reaktion. SPD. und USPD. sängen gemeinsam mit den Rektionären das Lied, was sie solange als den Ausfluß nationalistischer Verheerung betrachteten. Man muß es den Nationalisten lassen, daß sie geschickte Regiekünstler sind, die verstehen, die Arbeiter ins Garn zu loden.

Wir Kommunisten aber rufen dem Proletariat zu: „Oberschlesien dem obereschlesischen Proletariat, ganz gleich welcher Nationalität.“

Mieterversammlung.

Vom Verband Breslauer Mieter geht uns folgender Bericht zu:

Am 10. d. Mts. hielt der Verband Breslauer Mieter in dem Etablissement Vergleiser, Kleischlaustraße, eine öffentliche Mieterversammlung ab.

Rechtsanwalt Simon referierte über die Not der Mieter und ihre Bekämpfung, über Wohnungselend und Heimstättenwesen. Seinen hochinteressanten Ausführungen folgte reicher Beifall.

In der Diskussion sprachen mehrere Mitglieder des Breslauer Mieter-Schutz-Vereins E. B., die aber, wie dem Verbandsvorher mitgeteilt wurde, nur die Aufgabe hatten, die Versammlung zu stören und evtl. zu sprengen. Sachlich hielt sich auch nicht ein einziger der Redner, sondern die deutliche Absicht, strupplos zu stören, trat zutage. Der Versammlungsleiter ließ trotz dem weitbegrenzte Redefreiheit zu, mußte aber einigen wegen grober Ungebührlichkeit das Wort entziehen. Interessante Mitteilungen machte nur ein Bezirksleiter des Breslauer Mieter-Schutz-

KPD., Ortsgruppe Breslau.

Dienstag, den 18. Oktober, abends pünktlich 7/8 Uhr findet in den Gambriusgässchen, Lange Gasse (Neße) eine wichtige

Mitglieder-Versammlung

- Tagessordnung:
1. Referat des Genossen Melzer über das Programm in Görlitz.
 2. Delegiertenwahl zum Bezirks-Parteitag.
 3. Geschäftsbericht der Ortsleitung.
 4. Die rote Woche.
- Zu dieser Versammlung müssen alle Mitglieder mit ihren Frauen erscheinen.
Die Zehnergruppenführer haben extra einzuladen.

Die Ortsleitung.

vereins E. B., indem er der Versammlung mitteilte, daß der Magistrat Breslau seine Bereitwilligkeit erklärt habe, bei Mietsfragen jeglicher Art die beiden bestehenden Mieterorganisationen heranzuziehen. Der Vorsitzende des Mieter-Schutzvereins habe es aber abgelehnt, mit dem Verbands Breslauer Mieter gemeinsam zu verhandeln. Auf der Entzweiung über eine derartige Zurücksetzung eines Teiles der Mieterschaft machte sich laut bemerkbar. Die errichteten Mitgliederannahmestellen hatten vollauf zu tun, um ihre Arbeit zu betätigen. In seinem Schlußwort wies der Referent darauf hin, daß auf solche Art und Weise die wirklichen Mieterinteressen nicht vertreten werden können und schloß ordnungsmäßig die Versammlung.

Am Sonnabend fand die Eröffnung der deutsch-amerikanischen Manege-Schau „Ueber'n großen Teich“ im Zirkus Busch statt und somit gleichzeitig der Beginn der Herbstspielzeit. Der Vorverkauf hat lebhaft eingesetzt und die Vorstellungen versprechen Glanzabende im Busch-Kunstabau. Wie stets bei Busch, wird auch in der jetzt beginnenden Herbstspielzeit der Vorzug gewährt, daß ein Erwachsener zu den Nachmittagsvorstellungen für ein Kind freien Eintritt hat. Der Spielplan ist besonders für die Jugend eingestrichelt und wird in augenblicklicher Zeit bei der Breslauer Jugend sehr große Freude erwecken.
R. L.

Aus der Provinz.

Erbauliches aus dem Jankerparadies Schlesien.

Die Landarbeiter auf dem Gute Wleja bei Neustadt D. S. sind aus der christlichen Gewerkschaft zum deutschen Landarbeiter-Verband übergetreten. Die Folge war, daß am nächsten Morgen der Inspektor Gohl die Leute im Stalle zusammenrief und ihnen erklärte: „daß er ihnen eine Kuh und Lebensmittel schenken würde und daß er sie kostenlos einkleiden werde, wenn sie aus dem DVV. austreten würden.“ Ein Teil der Landarbeiter fiel leider darauf rein. Es vergingen Wochen und der „Herr“ Inspektor erfüllte auch nicht ein Wort seines Versprechens.

Dieser edle Menschenfreund bietet den Landarbeitern eine Kuh und Lebensmittel zum Geschenk an, weil er ihnen sonst das ihnen zustehende Deputat vorenthält. So hat er den Schaffer Göz entlassen und die ihm zustehenden 21 Zentner Kartoffeln, also einen Teil seines Lohnes, nicht ausgehändigt.

Einen Rutscher hat er entlassen, weil er dem DVV. angehörte, während er verschiedenen anderen Landarbeitern die Kündigung angedroht hat. Ähnliche Zustände herrschen auf dem Dominium Wadenau.

Dieses Gut, das dem Landrat a. D. von Choltz gehört, verfügt über die übelsten Landarbeiterwohnungen, die man sich denken kann. Anstatt nun Landarbeiterwohnungen zu bauen, um die „Leutenot“ zu überwinden, baut man an das prächtige geräumige Schloß noch einen Flügel mit Zinnen und Türmen an, um sein Geld der Besteuerung zu entziehen. Bewohnt wird das etwa 40 Zimmer zählende Schloß von ungefähr 10 Personen, während eine Landarbeiterfamilie mit 4-6 Kindern in einer einzigen Stube kampieren muß.

Diese Zustände werden aber den Landarbeitern zeigen, daß sie sich zusammenschließen müssen, um dieser Jankerwillkür wirksam entgegenzutreten.

Eine von der KPD. zum Mittwoch, den 12. Oktober, nach Wiese-Langenbrück einberufene öffentliche Versammlung, in der Gen. Gräf über die neuen Steuern und die Landbevölkerung sprach und in der diese Zustände in Wiese einer eingehenden Kritik unterzogen wurden, stimmte den Ausführungen des Referenten begeistert zu, obwohl Zentrum und SPD. die führenden Parteien hier selbst sind. — Wir haben erreicht, daß die Landarbeiter jetzt die Notwendigkeit des geschlossenen Kampfes aller Arbeiter eingesehen haben.

Die anwesenden Kleinbauern und Stellenbesitzer waren mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, was ihr Beifall sowie die Fragen, die sie selbst stellten, bewiesen, und was sie zum Schluß der Versammlung ganz offen zugestanden. Die allgemeine Stimmung war: Kommt wieder!

Der Erfolg der von 160 Personen besuchten Versammlung zeigte sich in einer Sammlung für Sowjetrußland, die 41,85 Mark einbrachte. Desgleichen konnten wir Literatur umsetzen und Vertrauensleute gewinnen.

Auch die Versammlung zu Buchelsdorf b. Neustadt D. S. war ein voller Erfolg für unsere Sache. 80 Personen waren erschienen, und konnten wir neben reichlichem Literaturumsatz Aufnahmen für die Partei verzeichnen.

Zülz. Im schwärzesten Winkel Schlesiens, der Zentrumshochburg Zülz, an der obereschlesischen Grenze, wo kaum freie Gewerkschaften dem Namen nach bekannt sind und die SPD. noch vor kurzer Zeit ohne Erfolg abzuziehen mußte, haben wir Fuß gefaßt. In einer Versammlung, die am Donnerstag, den 13. Oktober, in Zülz stattfand und in der Gen. Gräf sprach, fanden wir mit unseren Auffassungen ein williges Ohr. Ueber 160 Personen lauschten den Ausführungen des Referenten. Zur Diskussion sprach ein USPD-Arbeiter, der in Zülz beheimatet, jetzt seinen Urlaub dort verbringt, im Sinne des Referenten. Der Erfolg der Versammlung war die Grundsteinlegung einer Ortsgruppe, Abonnenten für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ und eine Sammlung für die Rußlandhilfe.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus. Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H. Breslau. Druck: Friedrichshof-Druckerei, e. G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Nikow 1956 und 1957.



Euer täglich Brot

Arbeiter, in einem betriert werden. Schnell den Hungerzernen erger, denn ihr könnt die hohen Preise nicht bezahlen. — Die willkürliche Freigabe der Getreidewirtschaft war eine Liebesgabe der Reichsregierung an die Agnater.

Die Folge ist die unerhörte Steigerung der Brotpreise.

Die gegenwärtige Regierung wird gebildet aus bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. Diese Parteien tragen auch die Verantwortung für die Lebensmittel. Mit der Vereinfachung soll nun die kapitalistische Wirtschaft wieder aufgerichtet werden.

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Schmerzt diese Gedanken in die Gehirne eurer Existenz? Schafft die unüberwindliche, unüberwindliche Armut der Millionen Arbeiter und Unterhaltener!

Es geht um eure Existenz!

Die Partei des revolutionären Proletariats, Die Kommunistische Partei wird an eurer Seite stehen!



Bekanntmachung.

Berufsaufnahme am 20. Oktober 1921.

Der Reichsminister der Finanzen hat zur Vorbereitung der Veranlagung zur Reichseinkommensteuer für die Rechnungsjahre 1921/22 eine Berufsaufnahme nach § 167 der Reichsabgabenordnung nach dem Stande vom 20. Oktober 1921 angeordnet.

Die Hauseigentümer oder ihre Vertreter werden durch die hiesige Schatzmannschaft erhoben:

Liste 1: (Hausliste) für den Eigentümer des Grundstücks zur Aufnahme aller Mieter, ferner für jeden Haushaltungsvorstand und jeden Einzelmieter eine

Liste 2: (Wohnungsliste).

Außerdem ist jeder Hausliste ein Zählblatt für den Kleinwohnungsbesitzer beigelegt.

Alle Haushaltungsvorstände und Einzelmieter haben am Donnerstag, den 20. Oktober 1921,

die Wohnungsliste genau anzufüllen, zu unterschreiben und bis spätestens 24. Oktober an den Hauseigentümer oder an seinen Vertreter zurückzugeben.

Die Hauseigentümer werden ferner ersucht, vom 26. Oktober ab alle Listen zur Abholung bereitzuhalten und nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß die Listen überall vollständig und sorgfältig ausgefüllt werden.

Jeder Nachbar an Listen kann durch das Magistratsamt V, Königsplatz 2, Erdgeschoss, Zimmer 6, bezogen werden. Dort wird auch jede Auskunft erteilt.

Wir ersuchen, den mit der Angabe und dem Wicherdruck der Listen betrauten Beamten den Dienst nach Bereitschaft und Entgegenkommen zu erweisen.

Breslau, 15. Oktober 1921.

Magistrat, Steuerverwaltung.

Zirkus BUSCH

Täglich 7 1/2, Sonntags auch 3 Uhr
Die interessante Manege-Schau
„Ueber'n großen Teich“
mit Charly Wittong
Arno, thry
Negertruppe Bouambelas
Wild-West Staley
5 Luft-Sensationen!!
Vorverkauf Barack 2, Zirkusbusch

Möbel aller Art
zu streng soliden Preisen
L. Rosner, Gröbenstr. 3

Für Flechten-Kranke!

Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden heile ich unter Garantie mit meinem vielbewährten Flechtenheilmittel in 8 bis 14 Tagen.
Zubehöre: Kosmetikboxen. Eine Flasche genügt.
Preis 25 Mark.
F. Müller, Heilmittel, Bremen.
Große Krummenstraße 23.
Spezialmoder: 9 bis 10 und 3 bis 4 Uhr.

Liebig-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das große
Oktober-
Programm.

Ich bestelle hiermit — Exemplar der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“
Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands.
(Section der Kommunistischen Internationale.)
Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Abonnementpreis frei Haus monatlich 6.10 RM., wöchentlich 1.50 RM.
Name: _____
Beruf: _____
Ort: _____
Straße und Hausnummer: _____